

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Energiemix in Deutschland

Gas und Atomenergie als Übergangslösung akzeptiert

Dr. Viola Neu

- › Trotz der multiplen Krisen bewahrt sich die Mehrheit der Deutschen Optimismus. So stimmen 57 Prozent der Aussage zu: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird“.
- › Bis der Energiebedarf durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann, bevorzugen die Deutschen an erster Stelle Gas. Gas wird von der Hälfte der Deutschen als geeignet für die Zwischennutzung angesehen. Bei der Atomenergie sprechen sich 44 Prozent für eine weitere Nutzung aus, bis die erneuerbaren Energien den Energiebedarf decken. Kohle wird hingegen nur von einer Minderheit von 25 Prozent für geeignet gehalten, zwischenzeitlich genutzt zu werden.
- › Auch nach dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine ängstigen sich die Deutschen am stärksten vor dem weltweiten Klimawandel durch die globale Erwärmung. Hier äußern 64 Prozent, sehr große oder große Angst zu haben. Dieser Wert hat sich gegenüber 2021 kaum verändert. Die Angst vor einem kriegerischen Angriff auf Deutschland ist stark angestiegen. Anfang 2021 verspürten 15 Prozent der Deutschen Angst vor einem kriegerischen Angriff. Ende 2022 ist dieser Anteil auf 40 Prozent gestiegen.
- › Für Deutschland erwarten 54 Prozent grundlegende Verschlechterungen durch die Auswirkungen des Klimawandels. Für sich selbst werden seltener grundlegende Verschlechterungen durch die Auswirkungen des Klimawandels vermutet.

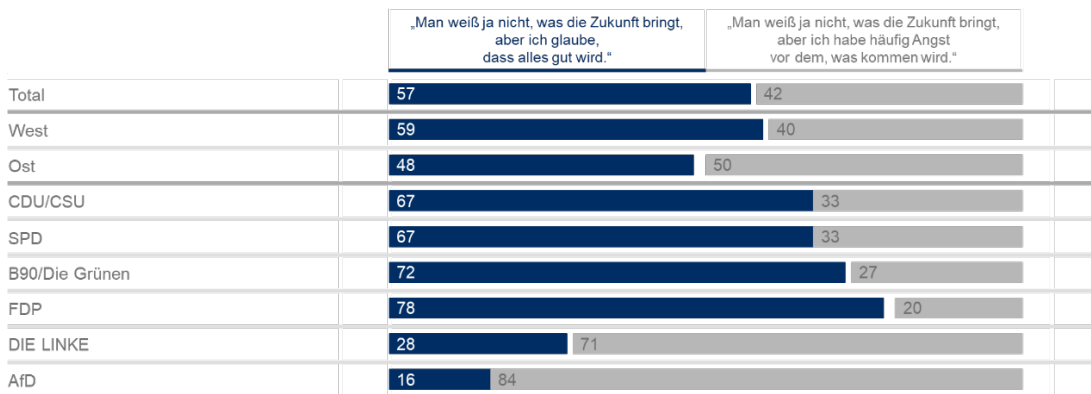
Inhaltsverzeichnis

Optimistische Grundstimmung zum Jahreswechsel	2
Klimawandel	3
Energiebedarf	5
Bedrohungen	8
Impressum	12
Die Autorin	12

Optimistische Grundstimmung zum Jahreswechsel¹

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die Umstellung der Energieversorgung und die Inflation haben das Jahr 2022 politisch geprägt. Von diesen Veränderungen ist jede und jeder unmittelbar betroffen.

Abbildung 1: Zukunftsaussicht



Quelle: Umfrage 1039 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022. Darstellung: Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Basis: Wahlberechtigte in Deutschland. Frage: „Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?“ Aussage: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird.“ Aussage: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird.“

Trotz der multiplen Krisen bewahrt sich die Mehrheit der Deutschen Optimismus. So stimmen 57 Prozent der Aussage zu: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird“.² Der Rückgang des Optimismus ist zwar erkennbar, fällt jedoch unerwartet niedrig aus. So stimmte 2018 eine Mehrheit von 62 Prozent der positiven Aussage zu.³ Ebenfalls nur geringfügig schwächer fällt das allgemeine Sicherheitsgefühl aus. Im Januar 2021 sagten 29 Prozent, sie fühlen sich sehr sicher und weitere 43 Prozent gaben an, sich eher sicher zu fühlen.⁴ Im Dezember 2022 fühlen sich 21 Prozent sehr sicher und 43 Prozent geben unverändert an, sich eher sicher zu fühlen.

Klimawandel

Extreme Wettersituationen als Folge des Klimawandels, Berichte über das Artensterben und Umweltveränderungen oder auch Fluchtbewegungen als Folge der klimatischen Veränderungen – die Themen, mit denen die Bürger durch den Klimawandel konfrontiert sind, sind vielfältig.

45 Prozent der Befragten erwarten für sich selbst grundlegende Verschlechterungen durch die Auswirkungen des Klimawandels.⁵ Weitere 24 Prozent antworten mit teils-teils. Damit ist Klimawandel kein abstraktes Problem, sondern äußert sich in der Vermutung, dass man persönlich im Negativen betroffen sein wird. Vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der Linken (59 Prozent) und der Grünen (56 Prozent)⁶ sehen überdurchschnittlich häufig eine starke Verschlechterung durch die Auswirkungen des Klimawandels auf sich zukommen. Mit jeweils 42 Prozent liegt die Besorgnis der Anhängerinnen und Anhänger der SPD und CDU etwa im Mittel. Vor allem die Anhänger der FDP (15 Prozent) und der AfD (24 Prozent) glauben nicht, dass sie von einer grundlegenden Verschlechterung ihrer Situation betroffen sein werden.

Abbildung 2: „Ich erwarte für mich grundlegende Verschlechterungen durch die Auswirkungen des Klimawandels.“

		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	teils-teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	
Total	45	20	25	24	20	10	30
West	46	21	25	23	20	10	30
Ost	38	14	24	29	19	10	29
CDU/CSU	42	23	19	22	23	13	36
SPD	42	15	27	31	20	6	26
B90/Die Grünen	57	24	33	22	19	3	22
FDP	15	8	7	23	23	39	62
DIE LINKE	59	15	44	27	12	1	13
AfD	24	15	9	18	34	24	58

Quelle: Umfrage 1039 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022. Darstellung: Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent; weiß nicht/keine Angabe. Basis: Wahlberechtigte in Deutschland. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“

Dramatischer fallen die Erwartungen für Deutschland aus. 54 Prozent erwarten für Deutschland grundlegende Verschlechterungen durch die Auswirkungen des Klimawandels. Auch hier zeigt sich das gleiche Muster wie bei der Frage nach der persönlichen Betroffenheit, nur, dass in der Tendenz in allen Parteianhängerschaften (außer jener der Union und der AfD) mehr Befragte eine grundlegende Verschlechterung für Deutschland als für sich selbst erwarten. So äußern 75 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der Linken und 73 Prozent der Grünen negative Erwartungen für Deutschland. 56 Prozent in der Anhängerschaft der SPD und 33 Prozent in der Anhängerschaft der FDP zeigen sich pessimistisch.

Abbildung 3: „Ich erwarte für Deutschland grundlegende Verschlechterungen durch die Auswirkungen des Klimawandels.“

		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	teils-teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	
Total	54	26	28	24	14	6	20
West	56	27	29	24	14	6	20
Ost	49	21	28	26	17	5	22
CDU/CSU	41	17	24	23	22	11	33
SPD	56	22	34	30	11	3	14
B90/Die Grünen	73	38	35	18	8	1	9
FDP	33	10	23	26	39	2	41
DIE LINKE	75	42	33	16	3	6	9
AfD	24	20	4	18	28	30	58

Quelle: Umfrage 1039 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022. Darstellung: Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Basis: Wahlberechtigte in Deutschland. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“

Auch wenn Deutschland nicht die Welt retten kann, rechtfertigt dies in den Augen der Befragten nicht den Verzicht auf weitgehende Klimaschutzmaßnahmen. So stimmen 18 Prozent der Aussage zu „Deutschland ist in der Welt so klein, dass es auf weitgehende Klimaschutzmaßnahmen verzichten kann“. Lediglich in der Anhängerschaft der AfD teilt eine Mehrheit von 65 Prozent diese Meinung. Bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen beträgt der Anteil 3 Prozent, bei der SPD 10 Prozent, der Union 14 Prozent und der FDP 33 Prozent.

Abbildung 4: „Deutschland ist in der Welt so klein, dass es auf weitgehende Klimaschutzmaßnahmen verzichten kann.“

		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	teils-teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu			
Total	17	9	8	12	22	48	70		
West	16	8	8	11	22	50	72		
Ost	22	13	9	18	18	42	60		
CDU/CSU	15	9	6	13	32	40	72		
SPD	10	5	5	11	23	56	79		
B90/Die Grünen	3	3	4	21		72	93		
FDP	33	1	32	7	13	47	60		
DIE LINKE	2	2	12	15		71	86		
AfD	65			57	8	16	7	5	12

Quelle: Umfrage 1039 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022. Darstellung: Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Basis: Wahlberechtigte in Deutschland. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“

Energiebedarf

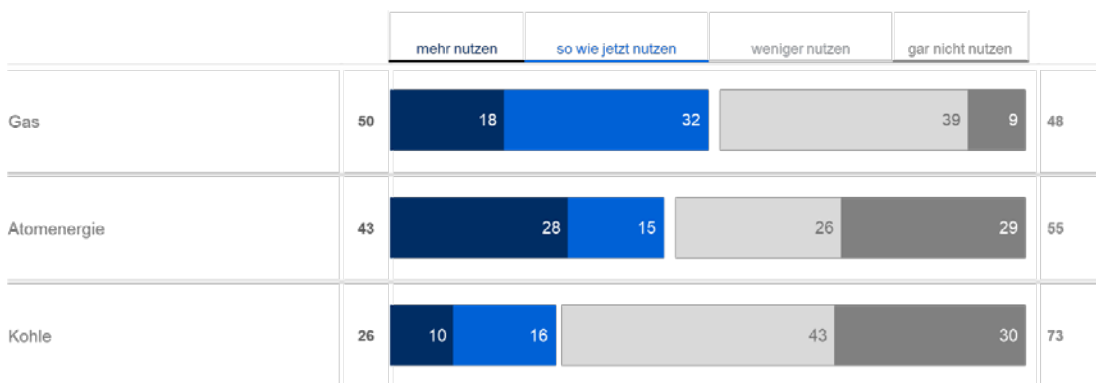
Infolge des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine muss Deutschland die Energieversorgung umstellen. Zum einen fällt darunter der Wegfall russischen Gases als Brückenenergie, bis der Energiebedarf aus erneuerbaren Energien gespeist werden kann. Zum anderen stellt sich die Frage nach dem Energiemix neu. In der Vergangenheit waren sich die Deutschen weitgehend darin einig, dass der Ausstieg aus der Kohle- und Atomkraft erfolgen soll. Bereits vor dem Atomunglück in Fukushima im März 2011 sprach sich eine Mehrheit von 76 Prozent der Deutschen⁷ gegen den Gebrauch von Atomenergie aus. Unmittelbar nach der Katastrophe im April 2011 wollten 5 Prozent eine langfristige Nutzung von Atomenergie.⁸ Dies macht deutlich, dass die Atomenergie in Deutschland schon lange wenig Rückhalt in der Bevölkerung findet. Neben dem Atomausstieg begrüßten die Deutschen auch das Abschalten der Kohlekraftwerke. So sagten 73 Prozent im Januar 2019, dass das möglichst schnelle Abschalten der Kohlekraftwerke sehr wichtig/wichtig sei.⁹

Aufgrund der Entwicklungen auf dem Energiemarkt stellt sich die Frage neu, welchen Energiemix die Deutschen bevorzugen, bis der Energiebedarf durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann. Die Hierarchie ist dabei eindeutig. Gas wird von der Hälfte der Deutschen als geeignet für die Zwischennutzung angesehen. So sprechen sich 18 Prozent dafür aus, Gas mehr zu nutzen und weitere 32 Prozent sind der Ansicht, Gas sollte so wie jetzt genutzt werden.¹⁰

Bei der Atomenergie sprechen sich 44 Prozent¹¹ für eine Nutzung aus, bis die erneuerbaren Energien den Energiebedarf decken. 28 Prozent können sich vorstellen, dass Atomenergie mehr genutzt wird und 15 Prozent möchten Atomenergie so wie jetzt nutzen. Dies spricht dafür, dass die starke Ablehnung früherer Zeiten zurückgegangen ist, auch wenn die Fragestellung mit früheren Umfragen nicht identisch ist.

Kohle wird hingegen nur von einer Minderheit für geeignet gehalten, zwischenzeitlich genutzt zu werden. 25 Prozent¹² sind der Ansicht, dass Kohle mehr oder gleich in Zukunft genutzt werden soll.

Abbildung 5: Energienutzung im Übergang zu erneuerbaren Energien



Quelle: Umfrage 1039 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022. Darstellung: Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Ranking nach Kategorienpaar „mehr nutzen“, „so wie jetzt nutzen“. Basis: Wahlberechtigte in Deutschland.
 Frage: „Deutschland will in Zukunft seinen Energiebedarf nur noch durch erneuerbare Energien decken. Welche Energiequellen sollen zwischenzeitlich mehr genutzt werden?“

Davon sagen 10 Prozent, Kohle sollte mehr genutzt werden, und 16 Prozent plädieren dafür, dass Kohle so genutzt wird wie derzeit. Damit ist Kohle nach wie vor bei der Energiegewinnung unbeliebt.

Bei der Frage nach der Deckung des Energiebedarfs ergeben sich zum Teil erhebliche Unterschiede in den sozialen Gruppen. Während 53 Prozent der Männer sich eine zwischenzeitliche Nutzung der Atomenergie vorstellen können, liegt der Anteil bei Frauen bei 35 Prozent. Auch bei der Kohle zeigen sich deutliche Einstellungsunterschiede. Von den jüngeren Befragten (unter 29 Jahre) sehen 11 Prozent eine zukünftige Nutzung von Kohle, bei den 40- bis 49-Jährigen sind es 35 Prozent. Die Anhängerinnen und Anhänger der AfD stimmen weit überdurchschnittlich der zwischenzeitlichen Nutzung von Atomenergie (86 Prozent), Gas (81 Prozent) und Kohle (63 Prozent) zu. Besonders auffällig sind die Unterschiede zwischen den Parteienhängerschaften in der Frage der Nutzung der Atomenergie. Mit 86 Prozent stößt die weitere Nutzung der Atomenergie bei Anhängerinnen und Anhängern der AfD auf besonders große Resonanz, gefolgt von der Hängerschaft der FDP (77 Prozent) und der Union (59 Prozent). In dieser Frage zeigen sich die Hängerschaften der AfD und der Grünen am weitesten voneinander entfernt. Ein Befund, der sich auch in anderen Fragen wie ein roter Faden feststellen lässt.¹³ Hier fällt die fast einhellige Ablehnung von Kohle in der Hängerschaft der Grünen auf, von denen sich nur 3 Prozent eine gleiche oder größere Nutzung von Kohle vorstellen können. Den Gegenpol markiert die AfD-Hängerschaft mit 63 Prozent. Die Hängerschaften der anderen Parteien weichen kaum vom Durchschnitt ab. Auch in der Frage der Nutzung der Atomenergie markieren die Hängerschaften der Grünen (22 Prozent) und der AfD (86 Prozent) die entgegengesetzten Pole. Etwas geringer fällt die Polarisierung der Hängerschaften von AfD und Grünen in der Frage der Nutzung von Gas aus. Hier können sich 38 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der Grünen und 81 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der AfD eine zukünftige gleich große oder größere Nutzung vorstellen.

Abbildung 6: Energienutzung im Übergang zu erneuerbaren Energien
Gas

		mehr nutzen	so wie jetzt nutzen	weniger nutzen	gar nicht nutzen	
Total	50	18	32	39	9	48
West	48	16	32	40	9	49
Ost	57	24	33	35	7	42
CDU/CSU	50	16	34	38	10	48
SPD	46	12	34	43	9	52
B90/Die Grünen	37	7	30	49	13	62
FDP	41	6	35	48	1	49
DIE LINKE	59	27	32	28	12	40
AfD	81	37	44	15	3	18

Quelle: Umfrage 1039 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022. Darstellung: Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Basis: Wahlberechtigte in Deutschland. Frage: „Deutschland will in Zukunft seinen Energiebedarf nur noch durch erneuerbare Energien decken. Welche Energiequellen sollen zwischenzeitlich mehr genutzt werden?“

**Abbildung 7: Energienutzung im Übergang zu erneuerbaren Energien
 Atomenergie**

		mehr nutzen	so wie jetzt nutzen	weniger nutzen	gar nicht nutzen	
Total	43	28	15	26	29	55
West	43	28	15	26	31	57
Ost	51	32	19	26	23	49
CDU/CSU	59	40	19	22	19	41
SPD	29	15	14	27	44	71
B90/Die Grünen	22	13	9	30	47	77
FDP	77	65	12	13	9	22
DIE LINKE	25	13	12	37	38	75
AfD	86	65	21	12	2	14

Quelle: Umfrage 1039 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022. Darstellung: Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Basis: Wahlberechtigte in Deutschland. Frage: „Deutschland will in Zukunft seinen Energiebedarf nur noch durch erneuerbare Energien decken. Welche Energiequellen sollen zwischenzeitlich mehr genutzt werden?“

**Abbildung 8: Energienutzung im Übergang zu erneuerbaren Energien
 Kohle**

		mehr nutzen	so wie jetzt nutzen	weniger nutzen	gar nicht nutzen	
Total	26	10	16	43	30	73
West	24	9	15	42	32	74
Ost	32	12	20	47	18	65
CDU/CSU	28	10	18	47	25	72
SPD	27	7	20	42	30	72
B90/Die Grünen	3	3	42	54		96
FDP	30	17	13	35	33	68
DIE LINKE	28	6	22	52	20	72
AfD	63	23	40	32	5	37

Quelle: Umfrage 1039 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022. Darstellung: Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Basis: Wahlberechtigte in Deutschland. Frage: „Deutschland will in Zukunft seinen Energiebedarf nur noch durch erneuerbare Energien decken. Welche Energiequellen sollen zwischenzeitlich mehr genutzt werden?“

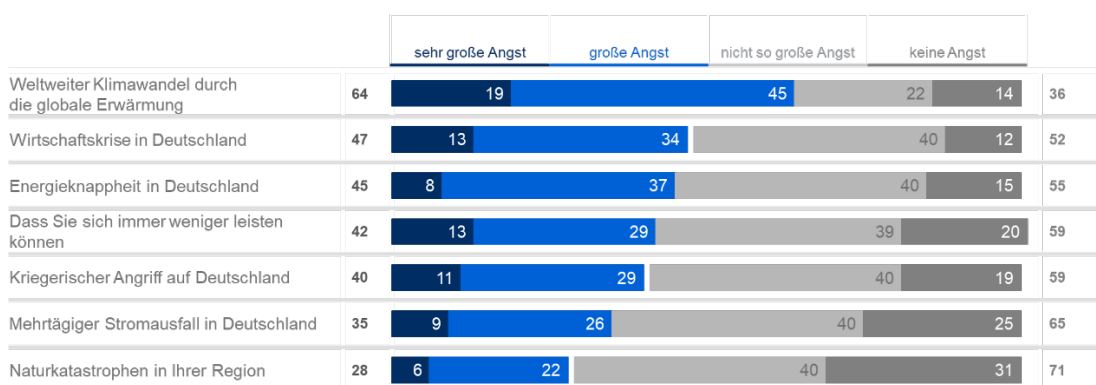
Bedrohungen

Seit dem russischen Angriffskrieg im Februar 2022 hat sich die Sicherheits- und Bedrohungslage in Deutschland geändert. Wir wollten von den Menschen wissen, was bei ihnen Angst auslöst. Am stärksten ängstigen sich die Deutschen vor dem weltweiten Klimawandel durch die globale Erwärmung. Hier äußern 64 Prozent, sehr große oder große Angst zu haben.¹⁴ Trotz der veränderten Gefahrenlage hat sich dieser Wert gegenüber 2021 nicht verändert. Auch 2021 löste der Klimawandel am häufigsten Angst aus (67 Prozent).¹⁵ Die Angst vor einer Wirtschaftskrise ist ebenfalls gleich geblieben. So ängstigten sich Anfang 2021 mit 45 Prozent knapp die Hälfte vor einer Wirtschaftskrise in Deutschland; Ende 2022 liegt der Anteil mit 47 Prozent auf dem gleichen Niveau. Eine große Veränderung zeigt sich in der Angst vor einem kriegerischen Angriff auf Deutschland. Anfang 2021 verspürten 15 Prozent der Deutschen, dass dies passieren könnte. Ende 2022 ist dieser Anteil auf 40 Prozent gestiegen.

Vor einer Energieknappheit in Deutschland ängstigen sich 45 Prozent, weitere 41 Prozent befürchten, dass sie sich immer weniger leisten können. Weitere 35 Prozent zeigen Angst vor einem Stromausfall in Deutschland und 28 Prozent sehen sich durch Naturkatastrophen in ihrer Region bedroht.¹⁶

Bei einigen Ängsten gibt es Unterschiede in den sozialen Gruppen. Jüngere Befragte (unter 29 Jahre) ängstigen sich überdurchschnittlich stark vor wirtschaftlichen Problemen: Vor einer Wirtschaftskrise haben 55 Prozent Angst davor, dass sie sich immer weniger leisten können. Die älteren Befragten (über 60 Jahre) ängstigen sich mit 31 Prozent unterdurchschnittlich davor, sich weniger leisten zu können. In den neuen Ländern ist die Angst vor einer Wirtschaftskrise (58:45) und die Angst, sich immer weniger leisten zu können (51:39), besonders stark ausgeprägt. Auch ein mehrtägiger Stromausfall sorgt vor allem in den neuen Ländern für Angst (48:32).

Abbildung 9: Bedrohungsgefühl



Quelle: Umfrage 1039 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022. Darstellung: Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Ranking nach Kategorienpaar „sehr große Angst“/„große Angst“. Basis: Wahlberechtigte in Deutschland.

Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große Angst, nicht so große oder keine Angst machen.“

Auch hier zeigt sich die Polarisierung der Anhängerschaften von AfD und Grünen. Um den weltweiten Klimawandel durch die globale Erwärmung machen sich 13 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der AfD Sorgen. Bei den Grünen sind es 87 Prozent. Die zweitgrößte Differenz zeigen die Anhängerschaften in der Frage nach der Wirtschaftskrise. Hier haben 85 Prozent in der Anhängerschaft der AfD Angst, bei den Grünen beträgt der Anteil 25 Prozent. Groß ist auch der Unterschied bei der Angst vor Energieknappheit. Hier haben 78 Prozent der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger Angst, bei den Grünen sind es 27 Prozent. Während sich 72 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der AfD davor ängstigen, sich immer weniger leisten zu können, haben bei den Grünen 27 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger davor Angst.

-
- ¹ Diese Umfrage wurde im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 30.11.2022 bis zum 14.12.2022 von Kantar Public telefonisch durchgeführt (Umfrage 1039 Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.). Die insgesamt 1.531 Befragten wurden zufällig ausgewählt und sind repräsentativ für die Wahlberechtigten in Deutschland. Um Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland abbilden zu können, sind in der Umfrage 613 Befragte aus Ostdeutschland und 918 Befragte aus Westdeutschland. Diese höhere Berücksichtigung von Ostdeutschen wird durch eine Gewichtung bei den Ergebnissen für Gesamtdeutschland korrigiert.
 - ² Für die alternative Aussage „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird“ entscheiden sich 42 Prozent.
 - ³ Sabine Pokorny, 2018, Von A wie Angst bis Z wie Zuversicht. Eine repräsentative Untersuchung zu Emotionen und politischen Einstellungen in Deutschland nach der Bundestagswahl 2017, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Analysen und Argumente Nr. 302, Mai 2018, S. 4.
 - ⁴ Sabine Pokorny, 2021, Gemeinsam oder allein? Deutschlands Sicherheit, Repräsentative Umfrage zu Einstellungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Berlin 2021, S. 11 f.
 - ⁵ Angegeben sind die Werte für die Antworten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. Weitere Antwortmöglichkeiten: „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“.
 - ⁶ Die Werte im Fließtext können rundungsbedingt von denen in den Grafiken abweichen. Dies gilt auch für alle weiteren Grafiken.
 - ⁷ Die Befragung fand zwischen dem 09.02.2011 und 23.02.2011 statt und wurde von TNS Infratest durchgeführt.
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/196207/umfrage/meinung-zum-gebrauch-von-atomenergie-in-deutschland/>, abgerufen am 20.12.2022
 - ⁸ https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/April11_Fukushima.pdf, abgerufen am 20.12.2022
 - ⁹ Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Januar II 2019. Im Dezember 2018 wurde das letzte Steinkohle-Bergwerk Prosper-Haniel in Bottrop geschlossen.
 - ¹⁰ Antwortmöglichkeiten: „mehr nutzen“, „so wie jetzt nutzen“, „weniger nutzen“ und „gar nicht nutzen“.
 - ¹¹ Abweichungen zwischen den angegebenen einzelnen Prozentwerten und der zusammengefassten Antwort ergeben sich durch Rundungen.
 - ¹² Abweichungen zwischen den angegebenen einzelnen Prozentwerten und der zusammengefassten Antwort ergeben sich durch Rundungen.
 - ¹³ Jochen Roose, 2021, Politische Polarisierung in Deutschland, Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Berlin 2021.
 - ¹⁴ Antwortmöglichkeiten: „sehr große Angst“, „große Angst“, „nicht so große Angst“ und „keine Angst“.

¹⁵ Sabine Pokorny, 2021, Gemeinsam oder allein? Deutschlands Sicherheit, Repräsentative Umfrage zu Einstellungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Berlin 2021, S. 14 ff.

¹⁶ Für diese Ergebnisse gibt es keine Vergleichszahlen von 2021.

Impressum

Die Autorin

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung

T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).